

IG Metall Reutlingen/Tübingen
Gustav-Werner-Str. 25
72762 Reutlingen

per Mail: gert.bauer@igmetall.de

Chris Kühn

Bundestagskandidat
WK 290 Tübingen

Am Lustnauer Tor 6
72076 Tübingen
Tel: 07071 51496
Fax: 07071 21026

chris.kuehn@gruene-tuebingen.de
www.chriskuehn.de

Tübingen, den 24.07.2013

**Stellungnahme
zur Eninger Erklärung
der Delegiertenversammlung der IG Metall Reutlingen-Tübingen**

Sehr geehrter Herr Bauer,

sehr geehrter Herr Blinzinger

vielen Dank für Ihr Schreiben und das Übersenden der Eninger Erklärung der Delegiertenversammlung der IG Metall Reutlingen-Tübingen vom 25. März 2012, zu der ich gerne Stellung nehme.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wie auch ich persönlich setzen uns für ein umfassendes Konzept gegen Altersarmut ein. Es ist eine zentrale Frage der Gerechtigkeit, dass Menschen, die langjährig versichert waren, als Rentnerinnen und Rentner nicht auf die Grundsicherung im Alter angewiesen sind. Wir setzen daher auf die steuerfinanzierte Garantierente von mindestens 850 Euro. Wir wollen allen NeurentnerInnen mit mindestens 30 Versicherungsjahren eine Rente oberhalb der Grundsicherung garantieren. Die Voraussetzungen für die Garantierente wollen wir bewusst so wählen, dass sie nicht nur von Männern, sondern insbesondere auch von Frauen gut zu erreichen sind. Daher sollen als Voraussetzungen für den Bezug alle Versicherungszeiten gelten. Dazu gehören Beitragszeiten, Anrechnungszeiten, z.B. wegen Arbeitslosigkeit, Zurechnungszeiten wegen Erwerbsminderung, Berücksichtigungszeiten wegen Pflege und (bis zum Rechtsanspruch auf U3-Betreuung) Kindererziehung bis zum 10. Lebensjahr. Dabei wollen wir nicht zwischen Vollzeit und Teilzeit unterscheiden.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine starke gesetzliche Rentenversicherung mit einem angemessenen Rentenniveau ein. Durch die schrittweise Weiterentwicklung der gesetzlichen Rente zu einer BürgerInnenversicherung, durch eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung sowie durch Maßnahmen für ein höheres Lohnniveau wollen wir ein angemessenes Rentenniveau bei stabilen Beiträgen erreichen. Mit der Weiterentwicklung zur BürgerInnenversicherung wollen wir alle Bürgerinnen und Bürger, also auch Beamte, Selbstständige und Abgeordnete

in die gesetzliche Rente miteinbeziehen. Beiträge sollen auf alle Einkommensarten – unabhängig vom Erwerbsstatus – einbezahlt werden. So schaffen wir nicht nur Gerechtigkeit, ökonomische Nachhaltigkeit sondern schließen auch Versorgungslücken, durch die Altersarmut drohen. So wollen wir Mindestrentenbeiträge für Arbeitslose einführen, die Minijobs vollumfänglich und auch die bisher nicht pflichtversicherten Selbstständigen in die Rentenversicherung einbeziehen.

Die gesetzliche Rentenversicherung ist die zentrale und weiter zu stärkende Säule der Alterssicherung. Trotzdem halten wir die private wie betriebliche Alterssicherung wichtig für die Lebensstandardsicherung im Alter. Deshalb wollen wir die Riester-Rente grundlegend reformieren und ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt für die staatlich geförderte zusätzliche Altersvorsorge einführen.

Im Sinne des demographischen Wandels bleibt der langsame Anstieg des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre leider notwendig. Bisher jedoch sind die Voraussetzungen für die Rente mit 67 meiner Ansicht nach nicht gegeben. Daher wirkt sich die Rente mit 67 lediglich als Rentenkürzung aus und ist so nicht tragbar. In diesem Sinne kann ich Ihre Kritik an der Rente mit 67 gut nachvollziehen. Die Entscheidung zur Rente mit 67 ist nur vertretbar, wenn sie mit besseren Arbeitsmarktchancen für ältere Menschen einhergeht. Wir brauchen mehr altersgerechte Arbeitsplätze, bessere betriebliche Gesundheitsförderung und individuelle Übergangslösungen in den Ruhestand, insbesondere eine Teilrente ab 60 Jahren. Mit dieser sollen mehr Möglichkeiten geschaffen werden, entsprechend der individuellen Situation verschiedene Kombinationen von Erwerbstätigkeit und Rentenbezug wählen zu können. Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht bis zur Altersgrenze arbeiten können, dürfen nicht mit Abschlagen bestraft werden.

Mit den besten Grüßen



Chris Kühn
Bundestagskandidat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN WK 290 Tübingen
Landesvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg

Bankverbindung:

Kreissparkasse Tübingen; Kontonummer: 224 549; Bankleitzahl: 641 500 20